Verweigert eine Person mit Hinweis auf ihre Rechte die Auskunft, so entsteht im Prinzip die gleiche rechtliche und taktische Situation wie bei der Aussageverweigerung bei der Verdachshinweisprüfung oder im Ermittlungsverfahren. Hier können u. a. folgende, auf das VP-Gesetz bezogene Argumente genutzt werden, um einen Verzicht der Wahrnehmung von Aussageverweigerungsrechten zu erreichen:

- Die Wahrnehmung der Befugnisse des VP-Gesetzes und damit die Klärung des konkreten Sachverhaltes dient der Gefahrenabwehr und nicht der Strafverfolgung. Über die Notwendigkeit der Strafverfolgung ist gesondert zu entscheiden.
- Es besteht eine Pflicht zur Auskunft nach dem VP-Gesetz, jedoch kein Selbstbelastungszwang. Die gewünschte Auskunft dient der Gefahrenabwehr. Aus diesem Grund brauchen alle die Informationen nicht gegeben zu werden, die dazu dienen können, das Verschulden, die Zielsetzung der Handlung usw. und damit die Rechtswidrigkeit einer Handlung einzuschätzen.
- Das Bemühen bei der Abwehr von Gefahren könnte als Verhalten nach einer evtl. Tat zu würdigen sein.
- Die Weigerung zur Mitwirkung an der Gefahrenabwehr kann eigenständig strafrechtliche Relevanz erlangen, wenn es die Qualität von Straftaten z. B. §§ 119, 120, 142 und 225 StGB erreicht. Die Weigerung kann aber auch andere rechtliche Verantwortlichkeit z. B. gemäß §§ 323 ff. ZGB begründen usw.

Ob und in welchem Umfange der Betreffende derartigen Argumenten folgt und die zur Gefahrenabwehr benötigte Auskunft erteilt, wodurch er sich gegebenenfalls selbst belastet, ist völlig der Entscheidung des Betreffenden überlassen und Ausdruck seiner persönlichen Freiheit bei der Realisierung seiner Mitwirkungsrechte.^A

Bei Maßnahmen auf der Grundlage des VP-Gesetzes dürfen keine aus der strafprozessualen Stellung einer Person erwachsenden Belehrungen erfolgen. Handlungen auf der Grundlage des VP-Ge-¹

¹ Vgl. hierzu Abschnitt 2.3.3.2. Buchstabe b) der Arbeit